

Zeitung & Programm  
**Alhambra**  
September/Oktober 2014



**Bijî YPJ - Bijî YPG**

# alhambra

– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer\_innen-Plenum“. Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter\_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer\_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

**Hermannstraße 83 26135 Oldenburg**  
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489  
e-mail: [alhambra@alhambra.de](mailto:alhambra@alhambra.de)  
[www.alhambra.de](http://www.alhambra.de)

**Spendenkonto:**  
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

## zeitung

– unterstützer\_innen –

AK Rote Risse, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt“-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantiifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

**Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer\_innen wieder.** V.i.S.d.P.: F. Kischer

# Inhalt

<b>Editorial</b>	1
<b>Kurzmeldungen</b>	2
<b>diskussion</b>	
<b>Bezüglich des Editorials der Alhambra Zeitung von Juli/August 2014</b>	5
<b>Von Antworten und Fragen der Redaktion</b>	7
<b>internationalismus</b>	
<b>Schwarze Fahne – der Kampf gegen ISIS</b>	9
<b>rassismus</b>	
<b>Zwei Tage im August</b>	15

### **Eigentumsvorbehalt:**

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Liebe Leser\_innen,

da fällt uns eigentlich auch nicht wirklich was zu ein. Dieser Gauck, wenn das so weitergeht, können wir bald eine neue Rubrik in unserer Zeitung aufmachen, in der wir uns ausgiebig über den Bundespräsidenten aufregen. Als ob er nicht schon oft genug negativ aufgefallen wäre, zum Beispiel wenn er auf der Münchener Sicherheitskonferenz behauptet, Deutschland dürfe sich nicht hinter seiner Schuld verstecken und müsse früher, schneller und substanzieller eingreifen. Oder wenn er völlig distanzlos väterlich-versöhnlich einem Angehörigen der NSU-Opfer die Hand auflegt. Die Liste ließe sich sicherlich noch deutlich erweitern. Nochmal ordentlich nachgetreten auf den von ihm ohnehin schon abgeschossenen Vogel hat Gauck bei den offiziellen Gedenkfeiern zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September in Gdańsk. Anstatt ausgiebig zu Kreuze zu kriechen und (haltlose) Versprechen abzugeben, dass sich (diesmal) auch wirklich ernsthaft mit der deutschen Vergangenheit auseinandergesetzt wird, fällt dem werten deutschen Staatsoberhaupt wirklich nichts Besseres ein, als die eigene Vergangenheit als Legitimationsbasis zu nutzen, um Russland im Zuge des Ukraine-Konflikts eine Schelte zu verpassen und dabei allen ernstes Parallelen zur deutschen Vergangenheit zu ziehen. Was sollen wir dazu noch sagen?

Eigentlich könnten wir meinen, dies sei ja alles nicht so schlimm, denn Worte von Politiker\_innen sind ja eh nicht sonderlich viel Wert. Wie wahr dies ist, zeigt sich ganz aktuell an der Situation von kämpfenden Geflüchteten in Berlin. Seit dem 26. August halten acht Geflüchtete das Dach des Hostels, in dem sie seit der Durchsetzung des „Oranienplatz-Arrangements“ gelebt haben, besetzt. Dieses sah vor, dass die Geflüchteten den seit anderthalb Jahren besetzten O-Platz in Berlin räumen. Im Gegenzug sollten sie eine vernünftige Bleibe sowie eine wohlwollende Einzelfallprüfung ihrer Asylanträge bekommen. Dieses „Arrangement“ ist nun geplatzt. Nicht etwa, weil die Geflüchteten den O-Platz nicht geräumt hätten. Vielmehr hat sich

herausgestellt, dass der Berliner Senat die Geflüchteten entgegen der Absprachen zurück in ihre ursprünglichen Bundesländer verwiesen oder gleich in „sichere Drittländer“ abgeschoben hat. Begründet wird dies mit der fadenscheinigen und dreisten Aussage, dass die Senatorin, die das „Arrangement“ unterschrieben hat, angeblich gar keine rechtliche Grundlage dafür gehabt hätte. Zum Kotzen! Wir wünschen den Geflüchteten auf dem Dach viel Kraft und Support und hoffen, dass sich ihre Lage irgendwie zum Besseren wenden wird. Unsere Solidarität habt ihr auf jedenfall.

Natürlich kann das was in Berlin passiert nur als ein Bruchteil der globalen Geflüchtetenkatastrophe gesehen werden. Um den Blick mal wieder aus den Szene-näheren Tragödien zu lösen haben wir den erschütternden Bericht „Zwei Tage im August“ abgedruckt. Dieser handelt unter anderem von der Situation von Geflüchteten in Marokko auf dem Weg nach Europa, sei es über das Mittelmeer oder die tödlichen Zäune der spanischen Enklaven Melilla oder Ceuta. Es bleibt dabei, kein Mensch ist illegal!

In den kurdischen Regionen des Iraks und Syriens leisten derzeit kurdische Einheiten erbitterten Widerstand gegen den militärisch gut ausgerüsteten IS (Islamischer Staat). Wir haben dazu einen Text abgedruckt, der die Kämpfe der Kurd\_innen in Rojava im Norden Syriens aufgreift. Der Text wirft förmlich mit Ortsbezeichnungen und Abkürzungen um sich, so dass wir ihn um eine Karte und ein paar Erklärungen erweitert haben. Unserer Meinung nach vereinfacht er die Rolle des Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan Barzani sehr stark und stellt ihn als blinden Gefolgen der USA hin. Das können wir zwar weder entkräften noch belegen, erzeugt aber das Bedürfnis nach einer intensiveren Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Nicht verstanden haben wir, warum in dem Text von Menschengruppen als „Stämmen“ geredet wird. Der Begriff kommt aus der Ethnologie des 19. Jahrhunderts, welche dabei half, den Kolonialismus wissenschaftlich zu le-

gitimieren. „Stamm“ hat also eine eindeutig rassistische Bedeutung und bei der Benutzung des Begriffes schwingen Assoziationen wie Unterentwicklung und Primitivität mit, die nicht von Ungefähr kommen, da „Stamm“ das „primitive“ Gegenteil zu Staat oder Nation darstellt.

Gefreut hat uns, dass unser Editorial – bzw. die Zeitung überhaupt – endlich mal Reaktionen hervor ruft. Meistens schreiben/veröffentlichen wir ziemlich ins Leere hinein und wissen nie so recht, ob es menschen überhaupt interessiert, was wir mit dieser Zeitung so treiben.

Nun hat also unsere Einschätzung zu den „Montagsdemos“ im letzten Editorial Kritik hervorgerufen, lesen könnt ihr diese und unsere Antwort darauf auf den Seiten 5 - 8.

Wenn wir schon dabei sind uns darüber zu freuen, dass unsere Aufrufe gehört werden, so wollen wir doch nicht unerwähnt lassen, wie sehr wir uns über die Schokolade gefreut haben, die uns erreicht hat - über noch mehr Schokolade würden wir uns natürlich noch mehr freuen!

Nach so viel Freude leider auch eine nicht so schöne Nachricht. Wir haben gemerkt, dass wir Zeit brauchen, um uns klar zu werden, wie wir weiter diese Zeitung machen können. Wie ihr euch (vielleicht) denken könnt, ist zeitungsmachen auch immer wieder ziemlich stressig und nicht immer haben wir alle die selbe Vorstellung davon, wie diese Zeitung (inhaltlich) aussehen soll. Außerdem müssen wir auch an unseren Gruppenstrukturen arbeiten - der Umgang damit wurde leider immer wieder mit dem Argument „Zeit“ herausgezögert. Daher machen wir jetzt bewusst einen Punkt und nehmen uns diese Zeit. Wir planen bisher, dass die nächste Ausgabe im Januar 2015 erscheinen wird.

Bis dahin wünschen wir euch alles Gute – wie gesagt, wir freuen uns über Rückmeldungen, Schokolade und andere Aufmerksamkeiten!

Eure Alhambra-Redaktion

**Ankettaktion stoppt Uranzug**

**Hamburg** Aktivist\_innen haben in den frühen Morgenstunden des 18. August 2014 einen Zug mit mehr als 50 Containern Uranerzkonzentrat gestoppt. Am Güterbahnhof Hamburg-Süd ketteten sich Personen vor und hinter dem Zug an. Über den Umschlag der Uranerzkonzentrat-Container durch die Firma C. Steinweg am Süd-West-Terminal hatte es zuletzt Diskussionen gegeben. Die Bürgerschaft hatte falsche Auskünfte dazu gegeben und das Uran stand einen Monat lang im Hamburger Hafen.

Das Uran stammt aus Namibia, Kasachstan und Usbekistan. Dort wird der Brennstoff für Atomkraftwerke unter Verursachung großer Umweltschäden abgebaut. Für eine Tonne Uran müssen bis zu 100000 Tonnen Gestein abgebaut werden, die Reste strahlen radioaktiv und der Staub wird von Menschen eingeatmet, gravierende Krankheiten sind die Folge. Der große Wasserverbrauch in trinkwasserarmen Regionen führt zudem zur Absenkung des Grundwasserspiegels.

Das auch als „Yellow Cake“ bekannte Material ist für die Konversionsanlage in Malvesi (nahe Narbonne in Frankreich) bestimmt. In weiteren Schritten werden daraus Brennelemente für Atomkraftwerke in aller Welt produziert.

**Trauerspiel beim Trauermarsch**

**Bad Nenndorf** Im Gegensatz zum letzten Jahr konnte der diesjährige „Trauermarsch“ von Neonazis in Bad Nenndorf leider nicht direkt blockiert werden. Immerhin konnte die zentrale „Gedenkveranstaltung“ direkt vor dem Winklerbad massiv gestört werden, sodass die knapp 200 Neonazis sichtlich entnervt gewesen sein dürften. Das Winklerbad, welches nach 1945 als britisches Internierungslager genutzt wurde, soll noch, zumindest wenn es nach der offiziellen Anmeldung der Neonazis geht, bis 2030 als Ort für revisionistische Propaganda dienen. Es heißt also, dran bleiben, auch nächstes Jahr wieder. Nichtsdestotrotz zeigt sich laut des antifaschis-

tischen Webportals publikative.org in Bad Nenndorf eine Entwicklung, die als durchaus repräsentativ für die deutsche Neonaziszene gesehen werden. Demnach sei es, seit den Jahren 2009/10 mit Teilnehmerzahlen von bis zu 6500 Neonazis in Dresden oder 1000 Neonazis in Bad Nenndorf, zur steten Abnahme der Teilnehmenden Neonazis gekommen. Publikative.org zufolge sei dies ein Trend, der sich stringent durch alle rechten Großveranstaltungen ziehe. Der Grund dafür liege vor allem an den erfolgreichen Protesten gegen rechte Großveranstaltungen in den letzten Jahren. Vor allem die Mischung und Einbeziehung von massenhaften zivilgesellschaftlichen Protesten habe ihren maßgeblichen Einfluss auf die Attraktivität rechter Großveranstaltung gehabt. Stundenlang in Dresden in der Kälte rumstehen oder in Bad Nenndorf von dem Schlümpfe-Soundtrack beschallt zu werden hat wohl auch ihren Teil dazu beigetragen.

**Antisemitismus in Europa**

**Europa** Im Zuge von Protesten gegen den aktuellen Gazakrieg seit dem (xxx) ist es in Europa, allem voran in Deutschland und Frankreich zu antisemitisch motivierten Übergriffen und Ausfällen gekommen. So wurde bspw. in Bremen bei einer anti-israelischen Demonstration ein Journalist angegriffen. Als sich ein Passant schützend vor den Journalisten stellte, wurde dieser niedergeschlagen und musste daraufhin intensivmedizinisch versorgt werden. Desweiteren wurden sowohl jüdische Geschäfte und Synagogen, teils mit Molotovcocktails, angegriffen, vermeintliche und tatsächliche Jüd\_innen wurden aus Demonstrationen heraus attackiert. Das gleiche galt auch für israelolidarische Menschen, die sich zu Gegenprotesten eingefunden hatten.

In Frankreich kam es im Zuge von Protesten gegen den Gazakrieg vermehrt zu Angriffen auf jüdische Einrichtungen sowie zu mehrtägigen, massiven Ausschreitungen mit der Polizei. Eine unvollständige Chronik über die antise-

mitisch Motivierten Angriffe in Frankreich und Deutschland finder ihr unter: [beuteltigerherzrasen.blogspot.de](http://beuteltigerherzrasen.blogspot.de).

#### Josef schuldig gesprochen

**Wien** Am 22. Juli wurde der Antifaschist Josef S. im Wiener Schöffengericht zu zwölf Monaten Haft, davon vier Monate ohne Bewährung verurteilt. Da er bereits ein halbes Jahr im Untersuchungshaft saß, wurde er auf freien Fuß gelassen. Das Schöffengericht sprach S. wegen Landfriedensbruchs in führender Stellung, schwerer Sachbeschädigung und versuchter schwerer Körperverletzung schuldig: Er sei maßgeblich an Ausschreitungen bei den Protesten gegen den Akademikerball am 24. Januar in Wien beteiligt gewesen, so das Urteil. An diesem Tag gingen tausende Antifaschist\_innen auf die Straße, um ein Treffen rechtspopulistischer Eliten, Nationalist\_innen und Rassist\_innen aus Österreich und ganz Europa zu be- und verhindern. Dabei wurde der österreichische Landfriedensbruch-Paragraph erstmals auf eine ganze Demonstration ausgeweitet. Bis auf den Hauptbelastungszeugen, einen Zivilpolizisten, der alles dafür tat, dass Josef verurteilt wird, gab es keinerlei Beweise für die ihm vorgeworfenen Taten. Dass es sich bei diesem Urteil um ein politisches Statement der österreichischen Justiz handelt, wurde schon früh deutlich: Die Staatsanwaltschaft sprach in der Anklageschrift

von „kriegsähnlichen Zuständen“ und „Demo-Söldnern“ und steigerte sich bis zum Abschlussplädoyer noch zum „Terrorismus“, gegen den der Staat sich wehren müsse. Der Richter schob in der Urteilsverkündung Josef und den Antifaschist\_innen sogar noch die Schuld für die antisemitische Rhetorik der Burschenschaftler und der FPÖ zu. Es ging nicht so sehr um die Verurteilung einer individuellen Straftat, sondern die Delegitimierung des Demonstrationsgeschehen gegen den Ball des Wiener Korporationsrings. Josef ist am 24. Juli in Berufung gegangen.

Mehr Infos: [soli2401.blogspot.eu](http://soli2401.blogspot.eu)

#### Abschiebungen verhindert

**Osnabrück** Am 30. Juli wurde zum inzwischen dreizehnten Mal innerhalb der letzten Monate eine Abschiebung verhindert. Durchschnittlich 70-100 Menschen blockierten dazu jeweils meist frühmorgens die Eingangsbereiche der Unterkünfte und sorgten dafür, dass die Polizei und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wieder abdrehen mussten. Einen ausführlicheren Text zu den Aktionen in Osnabrück findet ihr auf:

[www.akweb.de/ak\\_s/ak596/16.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak596/16.htm)

**UNSERE SOLIDARITÄT  
DIE KÖNNT IHR HABEN  
FREIHEIT FÜR JOSEF**

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

### Protest gegen „Islamischer Staat“

**Oldenburg** Der Vormarsch der ISIS/IS hat in Oldenburg regen Protest ausgelöst. Bereits am 30. Mai, als hier abgesehen von Sympathisant\_innen der kurdischen Befreiungsbewegung und Yezid\_innen niemand über die Verbrechen der ISIS sprach, demonstrierten auf dem Pferdemarkt rund 200 Leute gegen die ISIS und machten auf die von ihr ausgehende Bedrohung der Selbstverwaltung in Rojava, dem kurdischen Gebiet in Syrien, aufmerksam.

Zwei Wochen später, am 12. Juni, kamen ca. hundert Menschen auf dem Julius-Mosen-Platz zusammen, um gegen den Vormarsch der ISIS in kurdische Gebiete zu demonstrieren und ihre Solidarität mit den Betroffenen auszudrücken.

Einen Höhepunkt erreichte die Mobilisierung gegen IS am 5. August, als ungefähr 2500 Menschen – größtenteils Sympathisant\_innen der kurdischen Befreiungsbewegung und Angehörige der Religionsgemeinschaft der Yezid\_innen – lautstark und kraftvoll durch

Oldenburg zogen. Unmittelbarer Anlass war die Situation zehntausender Yezid\_innen in der Region Şengal, die von den anrückenden IS-Milizen entweder massakriert, verschleppt oder zur Flucht in die Berge gezwungen wurden, wo sie ohne jegliche Versorgung ausharren mussten. Etliche Menschen starben in den Bergen. IS militärisch etwas entgegenzusetzen haben zur Zeit nur die YPG (kurdische Volksverteidigungseinheiten in Syrien), YPJ (kurdische Frauenverteidigungseinheiten in Syrien) und die HPG/PKK aus dem türkischen Teil Kurdistans. Sie waren es auch, die einen Fluchtkorridor für die gefangenen Menschen im Sindschar-Gebirge öffneten und verteidigten, damit diese nach Rojava gelangen konnten. Die Peschmerga, die Truppen der kurdischen Autonomieregion im Irak, waren an der Verteidigung gegen IS ebenfalls beteiligt, werden aber scharf kritisiert, weil sie sich in entscheidenden Momenten zurückgezogen haben, anstatt sich den IS-Milizen entgegen zu stellen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++



# BEZÜGLICH DES EDITORIALS DER ALHAMBRA ZEITUNG VON JULI AUGUST 2014

Leser\_innenbrief der Gruppe „beuteltiger\_in herzrasen“

Wir haben uns gefreut, dass wir in der Alhambra Zeitung erwähnt wurden. Danke dafür. Wir glauben aber, dass wir unterschiedliche Perspektiven auf das Phänomen „Montagsmahnwachen“ in Oldenburg und bundesweit haben. Vielleicht entsteht hieraus ja eine Debatte, die eine tiefer gehende Auseinandersetzung anstößt.

Im Editorial der Alhambra Zeitung von Juli/August 2014 bezeichnet die Redaktion Teilnehmer\_innen der Montagsmahnwachen – unter anderem – als „eine Masse an naiven Friedensaktivist\_innen“, die „vielleicht auch gefährliche Positionen vertreten“. Die Redaktion kommt darauf folgend zu dem Schluss, dass diese Mahnwachler\_innen „unserer Einschätzung nach aber wirklich nichts und niemandem etwas böses wollen.“ Dieser Masse gegenübergestellt werden die „offenen Antisemit\_innen, bei denen relativ klar sein sollte, dass mensch ihnen getrost auf's Maul hauen kann und mit Sicherheit nicht die Falschen trifft.“ Die Redaktion zieht das Fazit, dass sich „(...) das Problem zumindest in Oldenburg (...) von alleine zu lösen [scheint].“ Die von der Redaktion an zwei Stellen formulierte

Unsicherheit im Umgang mit dem Phänomen der Mahnwachen teilen wir, im Gegensatz zu den oben beschriebenen Thesen. Uns ist bewusst das der Redaktionsschluss der Zeitung am 10. Juni war und die Entwicklungen der letzten Wochen, vor allem die Ereignisse vom 16. Juni als auch vom 14. Juli, keine Berücksichtigung mehr finden konnten. Unsere kritische Auseinandersetzung mit diesen Thesen möchten wir dennoch im Folgenden kurz darlegen.

Die Gegenüberstellung von „offenen Antisemit\_innen“ und „naiven Friedensaktivist\_innen“ können wir nicht nachvollziehen und auch die Sinnhaftigkeit dieser für eine Analyse stellen wir in Frage. Warum können „naive Friedensaktivist\_innen“ keine „offenen Antisemit\_innen“ sein? Wir sehen auch, dass es in der Entwicklung der Montagsmahnwachen in Oldenburg einen Punkt gab, an dem eine Differenzierung zwischen den Teilnehmer\_innen sinnvoll und wichtig war. Doch nach all den Kritiken, die die Montagsmahnwachen bekamen, müssten auch die von der Redaktion so bezeichneten „naiven Friedensaktivist\_innen“ mitgekriegt haben, dass sie

sich in einem Sammelbecken für krude, reaktionäre und (potentiell) gewaltvolle Thesen befinden. Von Anfang an wurden die Mahnwachen bundesweit von kritischen Dokumentationen, Analysen und Reportagen begleitet. In Oldenburg wurde bereits ab der 2. Mahnwache ein offener Brief an die Mahnwachler\_innen verteilt, der sie mit Kritik konfrontierte und sie aufforderte ihre Positionen und die Tradition, in die sie sich mit den Montagsmahnwachen stellen, zu reflektieren und sich davon zu distanzieren. Dies ist jedoch nicht geschehen – zumindest nicht bei denen, die nach wie vor teilnehmen – im Gegenteil: die Oldenburger Mahnwache wird von Woche zu Woche schlimmer. Aus diesem Grund teilen wir auch nicht die Auffassung, dass sich „das Problem“ zumindest in Oldenburg von alleine lösen würde. Ja, die Teilnehmer\_innenzahl ist – im Vergleich zu den ersten Veranstaltungen – gesunken, aber nach wie vor versammeln sich jeden Montag ca. 30 – 40 Personen auf dem Oldenburger Rathausmarkt. Sie werden dort wöchentlich mit Kritiker\_innen und deren Interventionen konfrontiert. Es gibt Leute, die sich auf verschiedene Arten

und Weisen politisch betätigen, um dafür zu sorgen, dass die Mahnwache in Oldenburg nicht mehr stattfindet. Die Formulierung, dass sich „das Problem“ der Montags-Mahnwachen in Oldenburg von alleine zu lösen scheint negiert diesen Fakt.

Wir halten die Formulierung „vielleicht auch gefährliche Positionen“ für die Umschreibung der Überzeugungen der angeblich „naiven Friedensaktivist\_innen“ für verharmlosend. Denn der Grundtenor der Oldenburger Mahnwache ist antisemitisch, verschwörungs-ideologisch, antizionistisch und anti-amerikanisch. Diese Überzeugungen sind nicht „vielleicht auch gefährlich“, sondern menschenverachtend.

In diese verharmlosende Argumentationslinie scheint sich die Einschätzung der Redaktion einzureihen, dass die „naiven Friedensaktivist\_innen (...) wirklich nichts und niemandem etwas böses wollen“. Wir fragen uns wie das gemeint ist. Meint die Redaktion, dass diese Leute selbst der Ansicht sind nichts „böses“ zu wollen? Dann würden wir zustimmen, weil sich Antisemit\_innen aller Couleur auf einer Weltrettungsmission wähnen. Oder gibt die Aussage die Bewertung der Redaktion wieder, dass diese Leute tatsächlich nichts „böses“ wollen? In diesem Fall würden wir deutlich widersprechen. Wie schon am Anfang des Textes artikuliert, wünschen wir uns eine Debatte. Neben der Frage, wie die Montags-Mahnwachen aus emanzipatorischer Perspektive einzuschätzen sind und wie sich zu ihnen verhalten werden kann, muss – unserer Ansicht nach – eine umfassendere Auseinandersetzung mit Antisemitismus stattfinden. Die gerade europaweit stattfindenden Gewaltausbrüche der antisemitischen Ideologie sind nicht denkbar ohne einen omnipräsenten Antisemitismus, der für die-

se Gesellschaft konstitutiv ist.

Uns die Frage zu stellen, was es bedeutet und wie es konkret aussehen kann, sich gegen Antisemitismus zu positionieren ist elementare Voraussetzung und grundlegender Anspruch unserer politischen Auseinandersetzungen. Gleichzeitig finden wir es genauso unabdingbar eben diesen Anspruch auch an eine sich als emanzipatorisch begreifende Bewegung/Szene/Redaktion/Community zu stellen. Wir freuen uns auf eine Antwort von der Alhambra-Zeitungsredaktion sowie auf andere spannende Diskussionsbeiträge.

**beuteltiger\_in\_herzrasen**

mehr Infos unter

[beuteltigerherzrasen.blogspot.de](http://beuteltigerherzrasen.blogspot.de)





# VON ANTWORTEN UND FRAGEN DER REDAKTION

Antwort der Alhambra Zeitungs Redaktion auf den Leser\_innenbrief der Gruppe „beuteltiger\_in herzrasen“

Liebe Beuteltiger\_in,

erst einmal möchten wir unserer Freude Ausdruck verleihen, dass ihr anscheinend nicht nur unsere Zeitung lest, sondern euch auch die Mühe gemacht habt, uns zu schreiben. Prinzipiell habt ihr in eurem Text schon sehr viel vorweg genommen. Wie ihr treffend beschrieben habt, ist das Editorial bereits vor den Entwicklungen ab Mitte Juni geschrieben worden. Wären diese Entwicklungen zu einem früheren

Zeit-

punkt erkennbar gewesen, hätte unser Beitrag dazu wahrscheinlich anders ausgesehen. Nichtsdestotrotz möchten wir versuchen, auf euren Text einzugehen und unsere (derzeitige) Position dazu deutlich machen.

Zusammenfassend werden uns in eurem Text zwei zentrale Punkte vorgeworfen. Zum einen wird die generelle Gegenüberstellung von offenen Antisemit\_innen und „naiven Friedensaktivist\_innen“ angekreidet, zum anderen wird uns in Bezug auf die „naiven Friedensaktivist\_innen“ eine Verharmlosung ihrer Gewaltförmigkeit unterstellt. Hinzu kommt die Frage, wie lange sich die Montags-Mahnwachen wohl halten werden und eine Kritik daran, dass wir die Interventionen seitens emanzipatorischer Aktivist\_innen nicht gesehen haben.

Um diesen Punkt vorweg zu nehmen: Es war vermessen nicht zu sehen, dass die Reduzierung der Teilnehmer\_innen auf eine kontinuierliche Kritik und

Intervention seitens emanzipatorischer Aktivist\_innen zurückgeht. Sorry dafür.

Nun aber zu den zwei zentralen Vorwürfen. Auch wenn – wie ihr treffend geschrieben habt – sich die Zusammensetzung der Montags-Mahnwachen mittlerweile durchaus zum Schlimmeren gewendet hat, würden wir nach wie vor an unserer „Verharmlosung“ der „naiven Friedensaktivist\_innen“ festhalten. Zudem glauben wir auch weiterhin, dass diese Leute „nichts und niemandem etwas Böses wollen“. Wir sind uns durchaus darüber im Klaren, dass diese Leute eine derart verkürzte/obskure Kapitalismuskritik vertreten, dass der Übergang zum strukturellen Antisemitismus nicht nur auf der Hand liegt, sondern nicht zu leugnen ist, ganz zu schweigen von dem israelbezogenen Antisemitismus, der sich im Zuge der aktuellen militärischen Konflikte in Israel dort Bahn bricht. Dennoch glauben wir, dass wir uns trotz der erheblichen Anschlussfähigkeit für einen offenen Antisemitismus, weder zur Zeit noch in Zukunft Sorgen machen müssen, dass sich um diese Leute, die auf dem Ratshausmarkt im Kreis sitzend für den Weltfrieden protestieren, ein völkischer antisemitischer Mob bilden wird, der bei der ersten Unachtsamkeit unsererseits losschlagen wird.

Unserer Auffassung nach ist es, so resignativ dies auf den ersten Blick vielleicht wirken mag, relativ wenig überraschend, dass die Mahnwachler\_innen offen sind für verkürzte und ggf. (strukturell) antisemitische Kapitalismuskritik bzw. Kritik an Israel. Wir glauben jedoch nicht, dass dies ein Allein-



stellungsmerkmal der Mahnwache ist. Im Gegenteil würden wir sogar behaupten, dass das, was dort als verschwörerisches Geheimwissen verkauft wird, in vielen Punkten ideologisch zu hundert Prozent anschlussfähig für den ganz normalen (deutschen) hegemonialen Diskurs um Israel und den Kapitalismus ist. Das macht es zwar bei weitem nicht besser, sollte aber als eine Realität verstanden werden, mit der sich auseinandergesetzt werden muss.

Und genau hier beginnt unser Unverständnis bezüglich der Einschätzung der Mahnwachler\_in. Was unterscheidet die Mahnwache von anderen Antisemit\_innen? Ihr habt vollkommen recht, wenn ihr schreibt: die „(...) gerade europaweit stattfindenden Gewaltausbrüche der antisemitischen Ideologie sind nicht denkbar ohne einen omnipräsenten Antisemitismus, der für diese Gesellschaft konstitutiv(...)“ ist. Diese aktuellen Ereignisse jedoch in einen Zusammenhang mit den Mahnwachen zu stellen, halten wir für sehr gewagt. Ja, die Positionen die auf den Mahnwachen vertreten werden und die aktuellen Gewaltausbrüche haben ein gemeinsames ideologi-

sches Fundament. Trotzdem glauben wir nicht, dass die Mahnwache abseits ihres ohnehin schon überaus seltsamen Umfeldes über irgendein politisches Mobilisierungspotential verfügt. Wir glauben nicht, dass die Mahnwachen antisemitische Diskurse abseits ihrer eigenen Klientel aus Verschwörungstheoretiker\_innen, Reichsbürger\_innen und anderen UFO-Freund\_innen aktiv beeinflussen oder gar in eine bestimmte Richtung lenken können. Dies liegt im Wesentlichen daran, dass die vermittelten Positionen teilweise so wirr sind, dass sie trotz ideologischer Überschneidungen mit bestehendem gesellschaftlichen Wissen alleine aufgrund ihrer Ausdrucksform kaum anschlussfähig sind an bestehende antisemitische Diskurse bzw. Weltanschauungen. Zusammengefasst könnten wir also sagen, dass wir nicht davon ausgehen, dass die Mahnwache irgendwelche konstitutiv relevanten Elemente für den hegemonialen antisemitischen Diskurs besitzt. Stattdessen gehen wir davon aus, dass sich bei den Montagsmahnwachen der gesellschaftlich hegemoniale „Alltagsantisemitismus“ Bahn bricht, nur eben deutlich kauziger, als bei den meisten anderen Leuten. Wie gesagt, dass macht es zwar nicht besser, muss aber als eine Realität verhandelt werden.

Bevor wir nochmal auf die „vielleicht auch gefährlichen Positionen“ eingehen wollen, soll an dieser Stelle nochmal ausdrücklich auf das Erscheinungsdatum des Editorials sowie darauf, dass sich die Kritik vor allem auf verkürzte Kapitalismuskritik bezog, hingewiesen werden. Die verkürzte Kapitalismuskritik der „naiven Friedensaktivist\_innen“ nimmt bei uns in etwa einen ähnlichen Stellenwert ein, wie wenn mit-Waldfeen-tanzende-one-world-Hippies uns erzählen, dass Schwarze Menschen so gut tanzen können, weil sie die Musik im Blut haben. Das es sich hierbei um den allerletzten rassistischen

Scheiß handelt, wollen und werden wir in keinsten Form schön reden. Dennoch halten wir (als nicht von Rassismus Betroffene) es qualitativ für etwas anderes, als wenn Rassist\_innen konstatieren Schwarze seien allesamt kriminelle Gewalttäter, die am Besten alle gleich abgeschoben werden müssen oder gar Schlimmeres. Und hier tritt unseres Erachtens die Schnittstelle zwischen den „vielleicht auch gefährlichen Positionen“ der „naiven Friedensaktivist\_innen (die) wirklich nichts und niemandem etwas böses wollen“ zutage. Für uns ist es ein ganz zentraler Unterschied, ob „naive Friedensaktivist\_innen“ glauben, dass die Welt von „denen da oben“, der „Ostküste“ oder wem auch immer regiert wird oder ob es in Deutschland Demos gibt, aus denen heraus (vermeintliche) Jüd\_innen oder israelsolidarische Demonstrant\_innen angegriffen werden und Parolen wie „ Hamas, Hamas – Juden ins Gas“ gerufen werden. Diesen Unterschied nicht zu benennen und sich dementsprechend zu positionieren, halten wir wiederum für relativierend und gefährlich.

Offen bleibt für uns die Frage der politischen Intervention, bzw. Strategie dagegen. Dabei geht es uns nicht um eine Kritik an der Eskalationsstufe der Proteste – dies soll und kann Jede\_r schön für sich selbst überlegen. Uns erscheint es jedoch durchaus verwunderlich, auf eine Veranstaltung, die in ihrem Grundtenor menschenverachtend sei, mit Aluhüten und heute noch mit „Bullshitbingo“ zu antworten. Ähnlich fragwürdig finden wir es, politische Gegner\_innen, die menschenverachtende Positionen vertreten, als „Wichtel“ zu bezeichnen. Denn: Ist der Ausgangspunkt der politischen Analyse, der Grundtenor der Proteste ist menschenverachtend, so stellt sich die Frage, ob Aluhüte, „Bullshitbingo“ und die Relativierung als „Wichtel“, „Trottel“, oder ähnlichem nicht ihrerseits relativierend sind und der Sache nicht ganz gerecht werden. Vielleicht könnte dies ja Ausgangspunkt weiterer Überlegungen sein.

Herzlichst,  
eure Redaktion



# Schwarze Fahne – der Kampf gegen ISIS

*Im Juli 2012 übernahmen kurdische Organisationen unblutig die Kontrolle in Städten und Dörfern in Rojava, im kurdischen Norden Syriens, entlang der Grenze zum kurdischen Gebiet der Türkei.*

»Wo Syrien schon frei und demokratisch ist«, titelte jüngst sogar die Tageszeitung Die Welt und beschrieb die Basisorganisation in Rojava in leuchtenden Farben. Auch wir als Delegation, die Rojava im Mai besuchten, können dies bestätigen: Gäbe es nicht das Embargo von Seiten der Türkei und Südkurdistan auf der einen Seite und die islamistischen Banden auf der anderen Seite, könnte Rojava eine Insel des Friedens und der Demokratie im Mittleren Osten sein. Die islamistischen Banden, allen voran ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien), versuchen jedoch wichtige Gebiete, vor allem in der Erdölregion im Nordosten Syriens (Cizîre) und im Nordirak, unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dabei werden sie von fast allen regionalen Kräften direkt oder indirekt unterstützt. Alle wollen das Projekt der Demokratischen Autonomie in Rojava zerstören, das Projekt einer Frauenrevolution, denn es ist eine wirkliche Alternative und damit eine Bedrohung für ihre eigenen korrupten, patriarchalen und ungerechten Systeme.

Am 8. und 9. Mai hat ISIS die zweitgrößte Stadt des Irak, die Millionenstadt Mûsil (Mosul), erobert; sie ist das kommerzielle Zentrum des Irak und die wichtigste Durchgangsstation auf dem Weg nach Syrien. Häufiger wurden sie in Nachrichtensendungen als »sunnitische Rebellen-Gruppe, die sich mit schiitischen Gruppen bekämpft«, bezeichnet, das ist mehr als verharmlosend.

## Wer ist ISIS?

ISIS entstand nach der US-geführten Irak-Invasion im Jahr 2003. Ihr Anführer ist Abu Bakr al-Baghdadi. Bis Anfang dieses Jahres galt der ISIS noch als Mitglied des Terrornetzwerkes Al-Qaida. Dieses sagte sich jedoch im Februar von ISIS los. ISIS bezeichnet sich selbst als radikaler als Al-Qaida. Auch von der Al-Nusra-Front, mit der ISIS noch im Krieg in Serê Kaniyê und Til Kocer (al-Yarubiya) Seite an Seite gegen die Volksverteidigungseinheiten YPG und die Frauenverteidigungseinheiten YPJ kämpfte, trennte sich ISIS inzwischen. Beide Organisationen kämpfen gegeneinander um die Kontrolle der Städte Raqqa und Deir ez Zor in Syrien. Al-Nusra verliert jedoch zunehmend an Boden. Für die

KurdInnen ist es ohnehin einerlei. Sie nennen alle diese radikalislamischen Gruppen, die sich in immer neuen Formationen zusammenschließen und wieder trennen, Daaisch, das arabische Kürzel für ISIS. Die Türkei unterstützt offiziell nur Ahrar al-Sham, da diese nicht auf der Terrorliste stehen. In der Tat fallen jedoch alle sogenannten Hilfsgüter und auch Waffen in die Hände von ISIS, da diese die Grenze kontrollieren. Bei unserem Besuch in Rojava hören wir immer wieder: »Wir sind die Einzigen, die gegen ISIS kämpfen, wir kämpfen hier für die ganze Welt.«

Fast alle Toten, die auf Seiten der YPG/YPJ zu beklagen sind, fielen im Kampf gegen ISIS. Die größten Verluste hatten YPG/YPJ im Kampf um die Stadt Til Hemis im Januar 2014. In allen anderen Gefechten waren die YPG/YPJ sehr erfolgreich. Obwohl die islamistischen Banden von Staaten wie Saudi-Arabien und Qatar, aber auch vom NATO-Staat Türkei, zum Teil mit modernsten Waffensystemen versorgt werden, haben YPJ und YPG beträchtliche militärische Erfolge zu verbuchen. So fielen nach Angaben des Presse zentrums der YPG

**Ahrar al-Scham** Islamische Bewegung der freien Männer der Levante ist eine salafistische Rebellenorganisation, die im Bürgerkrieg in Syrien gegen die Assad-Regierung kämpft.

Die **Freie Syrische Armee (FSA)** ist eine besonders von einem Teil der sunnitischen Mehrheit Syriens getragene bewaffnete Oppositionsgruppe.

Die **Baath-Partei** ist eine politische Partei, die mit Ablegern in zahlreichen arabischen Ländern aktiv ist. Saddam Hussein war Vorsitzender der irakischen Baath-Partei.

**Al Shiyukh** Stadtteil von Aleppo (Syrien)

**Mûsil** auch Mossoul (Irak)

**Ninowa** auch Ninive, Provinz in der Mossul liegt

**Falludscha** Stadt westlich von Bagdad

**Til Hasil** und **Til Harran:** Orte in der Provinz Aleppo

**Tikrit** nördlich von Bagdad

**YPG** Volksverteidigungseinheiten Bewaffnete kurdische Einheiten in Syrien. Gründeten sich 2011 während des syrischen Bürgerkriegs zum Schutz der kurdischen Gebiete. Gilt als PKK-nah.

**YPJ** Frauenverteidigungseinheiten

**Yekitiya Star** „Rojavayê Kurdistanê Yekitiya Star“ kurdische Frauenorganisation. Als ihre Hauptaufgabe betrachten die Mitgliederinnen von Yekitiya Star die Organisation von Frauen aus allen Teilen der Gesellschaft in allen Lebensbereichen.

im Jahr 2013 bei Gefechten 379 Angehörige von YPG und YPJ, während 2 923 Mitglieder der Dschihadisten starben. Von den 587 festgenommenen Mitgliedern der Banden waren nur 91 syrischer Herkunft! »Die meisten kommen aus der Türkei, aber auch aus Tschetschenien, aus Libyen, Europa, es war sogar mal ein Chinese dabei«, so einer der KommandantInnen von Til Xenzir, dem westlichsten Außenposten der YPG in der Cizîre-Region. »Europa muss doch froh sein, dass wir alle ihre Islamisten hier versammeln und bekämpfen«, so Avesta, eine Kommandantin der YPJ in Serê Kaniyê.

Annähernd das gesamte kurdisch bewohnte Gebiet Syriens wurde vom Staat befreit und gegen Islamisten verteidigt, auch die Gebiete arabischer befreundeter Stämme, wie das der Shammar in der Stadt Til Koçer im Oktober 2013. Ebenso der dazugehörige Grenzübergang zum Irak. In der Folge schlossen sich zahlreiche AraberInnen den YPG/YPJ an. Im Juli 2013 befreiten die YPG/YPJ Serê Kaniyê vollständig von den islamistischen Banden, obwohl diese direkte militärische Unterstützung von der Türkei bekamen.

Das Problem ist jedoch, dass die drei kurdischen Kantone Enklaven sind, die Gebiete zwischen ihnen werden überwiegend von ISIS kontrolliert. Während das Gebiet zwischen Afrîn und Kobanê fast unter der Kontrolle von Al-Akrad – kurdische Milizen, die der FSA nahestehen – und anderer Oppositioneller steht, ist das Gebiet zwischen Kobanê und Cizîre noch unter Kontrolle von ISIS. Diese kontrollieren auch die beiden Grenzübergänge Jarablus und Til Abyad, über die ständig Nachschub an Waffen, Kämpfern und Geld aus der Türkei kommt.

Das Grauen, das von ISIS ausgeht, ist unbeschreiblich. Am 29. Mai z. B. überfiel ISIS drei vermeintlich yezidische Dörfer in der Region Serê Kaniyê, die jedoch von arabischen Flüchtlingen bewohnt waren, und schlachtete 15 Menschen, darunter sieben Kinder, auf grauenhafte Weise ab. Bilder dieses Massakers, die in den kurdischen Medien erschienen, raubten uns nächtelang den Schlaf. Da ISIS-Kämpfer glauben, sie kämen direkt ins Paradies, finden sich auch zahlreiche Selbstmordattentäter. Fast täglich gibt es Meldungen über solche Anschläge, bei denen fast immer ZivilistInnen ums Leben kommen.

Während unserer Delegationsreise erklärten uns unzählige Menschen, dass sie die Grausamkeiten einfach nicht fassen können, die von ISIS begangen werden. So z. B. Gulistan Osman, eine Vertreterin von Yekitiya Star: »Einem Jugendlichen aus Dêrik wurde von den Dschihadisten die Kehle durchgeschnitten. Seine Mutter hat seitdem keine Nacht mehr geschlafen. Wenn sie irgendwo ein Messer hört oder sieht, verliert sie fast den Verstand.«

YPJ-Kämpferinnen zeigten uns Dolche, die ISIS-Kämpfer zurückließen, als sie flohen. »Diese benutzen sie, um unseren KämpferInnen die Kehlen durchzuschneiden«, so Melsa, eine Kommandantin der YPJ aus Serê Kaniyê. »Ihre Imame haben die Vergewaltigung von kurdischen Frauen und Kindern, das Zerstückeln und Plündern für halal erklärt«, so Melsa. »Für sie sind wir kafir, Ungläubige, so wie alle, die nicht ihre Ideologie vertreten«, so Melsa weiter.

Am 24.5.14 wurde der Student Muhammad Muhammad von ISIS-Kämpfern ermordet, weil er sich in Al Shiyukh auf dem Weg in die Türkei für einige



Frauen einsetzte, die von ISIS-Leuten beleidigt wurden. Einer der Kämpfer stach daraufhin mehrmals mit einem Messer auf Muhammad ein. ISIS-Kämpfer enthaupteten ihn anschließend. Sein kopfloser Körper wurde nach Al Raii gebracht, eine von ISIS kontrollierte Stadt, nahe der türkischen Grenze. Dort wurde Muhammads Leichnam von ISIS an ein Auto gebunden und mehrere Stunden lang als Abschreckung für die lokale Bevölkerung durch den Ort gezogen, bevor er schließlich auf einem

Gehweg abgelegt wurde – dies ist kein Einzelfall.

Momentan kursieren Videos im Netz, auf denen zu sehen ist, wie ISIS-Leute einfach aus fahrenden Autos mit halbautomatischen Waffen Fußgänger und dutzende Autofahrer abschießen, im Hintergrund läuft islamische Musik.

Auch innerhalb der eigenen Reihen wird brutal gemordet: »Diejenigen, die die Gruppe verlassen wollten, wurden seitens der Führer und einiger hoch-

rangiger Mitglieder der dawah unter verschiedenen Ausreden erbarmungslos abgeschlachtet«, berichtet ein Aussteiger. Er berichtet weiter, dass die Bevölkerung gezwungen wurde, eine »Steuer« abzutreten. »Diejenigen, die sich weigerten diese Tribute abzugeben, wurden als Murtaf [vom Islam abgefallene] abgestempelt und hingerichtet, mit der Begründung, dass sie dem Führer gegenüber ungehorsam seien.« Auch wie der Druck aufrechterhalten wird, berichtet er: »Sie verlangen von

PKK Arbeiterpartei Kurdistans

**dawlah** arabisch Staat

**Abdullah Öcalan** PKK-Vorsitzender von 1978 (Gründung)-2002

**Regionalregierung Kurdistan** Die Autonome Region Kurdistan im Norden des Irak ist dessen einzige autonome Region mit eigener Verfassung und eigenen Streitkräften.

**Masud Barzani** Präsident der Autonomen Region Kurdistan; Vorsitzender der PDK

**Peschmerga** ist der kurdische Begriff für die irakisch-kurdischen Kämpfer. Als Peschmerga bezeichnen sich u.a. die bewaffneten Einheiten der PDK, also der kurdischen Autonomieregierung, während sich die Einheiten der YPG/YPJ als Guerillatruppen bezeichnen.

**PYD** Die Partiya Yekitîya Demokrat ist eine kurdische Partei in Syrien und Mitglied der syrischen Oppositionsgruppe Nationales Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel. Die Partei gilt als PKK-nahestehend.

jedem Neumitglied ein Bild und die Adresse der Wohnung und des Arbeitsplatzes. Das ist die Taktik einer Mafia-Bande. Wer einmal in die dawlah eintritt, kommt nicht mehr lebendig raus! Viele Brüder möchten von ihnen weg, aber sie schaffen es nicht.«

In Mûsil erklärten sie umgehend, dass nun eine neue Zeit angebrochen sei: Frauen sollen die Häuser nur verlassen, wenn es unbedingt notwendig ist. Sie sollen nur Kleider tragen, »an denen Gott Gefallen findet« – weite Gewänder, die weibliche Formen verhüllen.

Es ist keine große Sache zu erkennen, warum sich zehntausende den Dschihadisten anschließen, die NATO hat schließlich den halben Mittleren und Nahen Osten zerbombt und korrupte Regimes von Afghanistan bis Libyen unterstützt. Entwurzelte chancenlose Jugendliche aus den Ghettos Europas suchen hier den direkten Weg ins Paradies, denn eine Teilnahme am Konsumparadies der weißen Wohlstandsländer wird ihnen ja verwehrt. Jeder Dschihadist trägt einen kleinen Schlüssel bei sich, der ihm nach dem Tod das Paradies aufschließen soll, das hören wir immer wieder. Manchmal hört man sogar etwas Mitleid bei den YPJ-Kämpferinnen gegenüber so viel Einfalt, »aber was sollen wir mit einem 16-Jährigen machen, der fünf unserer Jugendlichen die Kehlen durchgeschnitten hat?«, fragt Axîn Amed ratlos. »Die ISIS-Kämpfer gehen ohne Furcht in den Tod, sie kämpfen, ohne etwas über das Land zu wissen, in dem sie sich befinden.« Der Kommandant von Til Xenzir berichtete uns, sie hätten schon Dschihadisten festgenommen, die glaubten, sie kämpften gegen Israel. Die multinationale Truppe hat keinerlei Bindung an die ortsansässige Bevölkerung, das macht sie so mitleids- und hemmungslos.

Eine Stärke von ISIS ist es, weit weniger als die anderen Gruppen auf Spenden aus dem Ausland angewiesen zu sein. Dennoch gelten sie insbesondere aufgrund ihrer Unterstützung durch die Golfmonarchien als finanziell besonders kräftig. Ein wichtiges Einkommensfeld von ISIS sind Plünderungen und der Verkauf von Beutegut. Die Intervention in Syrien wurde zu einem Teil mit »Steuern« finanziert, welche die Organisation von Geschäftsleuten im Irak, vor allem in Mûsil, erpresste. In Syrien setzte sich ISIS an Grenzübergängen und auf Ölfeldern fest, um Zölle zu kassieren. Es geht ihnen überwiegend um wirtschaftliche Ressourcen.

### ISIS überrennt Mûsil

Am 9. Juni eroberte ISIS Mûsil. Die Stadt ist wegen der nahegelegenen Ölfelder strategisch besonders wichtig. Auch den Flughafen von Mûsil hat ISIS eingenommen. Die irakische Regierung gestand ein, die Kontrolle über die gesamte Provinz Ninowa verloren zu haben.

Das kündigte sich allerdings schon länger an. Abdullah Öcalan warnte schon Anfang des Jahres, dass diese Situation eintreten könne. Mûsil bietet schon seit langem ein apokalyptisches Bild, schon seit Monaten konnte die irakische Regierung nur mit Mühe die Straße nach Syrien halten. Laut Spiegel stürmten die Islamisten zudem mehrere Gefängnisse und ließen mehr als 1400 Häftlinge in der nordirakischen Stadt frei.

Hunderttausende sollen aus Mûsil in den kurdischen Nord-irak geflohen sein. Mittlerweile wird schon von über einer Million Flüchtlingen ausgegangen. Hunderte ZivilistInnen, Pesmerga und Soldaten starben, PDK und YNK evakuierten ihre Gebäude.

Damit steht ISIS auch wiederum kurz vor Til Koçer (al-Yarubiyah), dem ein-

zigen Grenzübergang nach Rojava, nur diesmal auf der irakischen Seite. Dazwischen liegt nur noch das Gebiet des Gergerî-Stammes, der sich erfolgreich gegen ISIS wehrt.

Die Dschihadisten hatten seit Jahresbeginn bereits die Stadt Falludscha (Al Fallujah) und weite Teile der westirakischen Provinz al-Anbar unter ihre Kontrolle gebracht. Von dort aus planen sie regelmäßig Angriffe gegen die Hauptstadt Bagdad.

#### **Warum hat die irakische Armee die Millionenstadt kampfflos übergeben?**

Der schiitische Regierungschef Nuri al-Maliki hat zwar die Parlamentswahlen Ende April gewonnen, ihm fehlen jedoch Koalitionspartner für die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung. Offensichtlich konnte ISIS zahlreiche sunnitische Stammesführer auf ihre Seite ziehen, Teile der Armee sind übergelaufen.

#### **Büchse der Pandora geöffnet**

Auf Treffen im Sommer 2012 in der Türkei in den nordkurdischen Städten Riha (Urfa) und darauf in Dîlok (Antep) war von den Regionalmächten beschlossen worden, dass die Region Rojava mithilfe der Banden zwischen den Einflussphären der Türkei und Südkurdistans aufgeteilt werden sollte. An diesen Treffen beteiligten sich einige europäische Staaten, Saudi-Arabien, der türkische Außenminister Davutoglu und der Regionalregierung Kurdistan nahestehende Gruppen. Dort wurde ein strategischer Pakt geschlossen, dass die Regionen Afrîn und Kobanê dem Einflussbereich der Türkei zugeschlagen werden sollten, während die Region Cizîre unter dem Einfluss der Regionalregierung Kurdistan und damit direkt der USA stehen sollte. Alle Kräfte wollen die

Rätebewegung in Rojava mithilfe von ISIS schwächen und den Kuchen dann untereinander aufteilen.

Der türkische Nahostexperte Haluk Gerger analysiert die Unterstützung von ISIS folgendermaßen: »Die Angriffe [...] von ISIS] werden von der Türkei geplant und Al-Qaida führt sie aus, der Westen, die arabischen Nationalisten und das Baath-Regime schauen dabei weg und tun so, als wüssten sie nichts. Dies zeigt deutlich, dass die Kurden wieder einmal alleine stehen.«

Diese Haltung wird belegt durch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, danach ist der Bunderegierung nichts von Massakern durch die Islamisten bekannt, obwohl die Informationen und Augenzeugen öffentlich zugänglich waren. Sie zog sich aus der Affäre, indem sie sagte, es lägen keine belastbaren Informationen vor. An anderer Stelle, als es um die Verurteilung der Selbstverwaltung in Rojava ging, war sie aber durchaus bereit, Informationen von wesentlich geringerer Qualität anzuführen. Dieses kleine Beispiel zeigt die politische Herangehensweise vieler westlicher Mächte, die in ISIS und Jabhat al-Nusra durchaus zumindest tolerierbar und indirekt mit Waffen zu unterstützende Alliierte gegen Assad und die kurdische Selbstverwaltung sahen.

Der kurdische Präsident Masud Barzanî versucht mithilfe eines Embargos sowie Terroranschlägen, die die Rojava-Bevölkerung zur Flucht treiben, sich die ölfreiche Cezîre-Region einzuverleiben.

Barzanî strickt zudem schon lange mit an der Schwächung der irakischen Zentralregierung. Im vergangenen Jahr hatte die Regionalregierung Kurdistan über 60 000 Barrel Öl in die südtürkische Küstenstadt Ceyhan geleitet, ohne

dabei das Pipeline-System Bagdads zu nutzen. Dies bedeutet eine stärkere prozessuale Unabhängigkeit des Ölhandels für Kurdistan, aber auch einen Verlust an Autorität und Einkommen für Bagdad.

Milizen der syrisch-kurdischen Parteien, welche der PDK Barzanîs nahestehen, sind dafür bekannt, regelmäßig mit islamistischen Banden zusammen operiert zu haben. Insbesondere AugenzeugInnen des Massakers von Til Hasil und Til Harran im Sommer 2012, bei dem über 70 Personen ermordet worden sind, berichten dies.

Alle Seiten, die Türkei, die Regionalregierung Kurdistan, aber auch die syrische Regierung, haben nichts gegen die Erstarkung von ISIS unternommen, denn in dem Punkt waren sich alle einig: Es gefiel ihnen außerordentlich gut, dass das Projekt der Demokratischen Autonomie in Rojava durch ISIS in Bedrängnis geriet. So teilen sich z. B. die Truppen von Assad mit ISIS Teile der Stadt Heseke, wobei beide Seiten nur die YPG/YPJ bekämpfen. Assad lässt ISIS-Truppen durch sein Gebiet ziehen, ohne sie zu behelligen, er bekämpft die FSA, Al-Nusra, die Islamische Front und andere, nicht aber ISIS. Kämpferinnen der YPJ, die den Hinterhalt von Til Hemiş überlebt haben, berichten von einer engen Zusammenarbeit von Regime und ISIS dort. Dass Assads Truppen gegen ISIS kämpfen, ist eine Lüge, die als Begründung für Waffenlieferungen an ISIS herhält.

Die Türkei lässt diese Truppen nach Überfällen auf kurdische und arabische Dörfer in der Region Serê -Kaniyê das geplünderte Inventar auf türkischem Gebiet verkaufen und öffnet ihre Grenze für deren LKWs. So wurden in der Region Serê Kaniyê/Til Xelef zwei Last-

wagenladungen mit archäologischen Funden sichergestellt, die von ISIS verkauft werden sollten. Aber nicht nur auf Kulturgüter hat es ISIS abgesehen, aus Gebieten, aus denen sich ISIS vor den YPG/YPJ zurückziehen musste, konnten wir immer wieder beobachten, dass alles, was man verkaufen konnte, mitgenommen wurde. Das können Stromkabel, Rohre, Sicherungen und Wasserhähne u. Ä. sein. So berichten uns YPJ-Kämpferinnen sogar von ISIS-Mitgliedern, die sich mit Türen, die sie gestohlen hatten, auf dem Rücken zurückzogen. Das Beutegut wird über die gut bewachte türkische Grenze gebracht und in der Türkei in Orten wie Demirkapi in der Region Riha verkauft.

Alle ausländischen Kämpfer von ISIS reisen über die Türkei nach Syrien ein. Wir selbst haben gesehen, dass Lebensmittellieferungen in von den YPG/YPJ eroberten ISIS-Stellungen aus Saudi-Arabien und der Türkei stammen und mit der Aufschrift »Hand in Hand Türkei und Saudi-Arabien« beschriftet waren. Diese Lebensmittelpakete lagen neben fertigen schweren Sprengsätzen, wie sie u. a. in Autobomben zwei Wochen zuvor in Til Xelef und Serê Kaniyê eingesetzt worden waren.

Erst am 14.6. wurde bekannt, dass sich nach Angaben verschiedener Agenturen auch Spezialkräfte der Türkei in Falludscha im Irak zur Ausbildung von ISIS-Kräften befunden hätten.

Das erste Mal ist jedoch nun auch die Türkei selbst vom ISIS-Terror betroffen, die Mitarbeiter ihres Konsulates in Mûsil wurden von ISIS verschleppt. Auch einige türkische LKW-Fahrer, die Öl transportierten, wurden entführt.

Bei der Übernahme von Mûsil sind ISIS offensichtlich ungeheure Waffenarsenale der irakischen Armee sowie Devisen und Gold aus geplünderten Banken in Milliardenhöhe in die Hände geraten. Sie sind auf einem Siegeszug und bedrohen auch die zweite Ölstadt des Irak, Kirkuk und sogar die Hauptstadt Bagdad. Am 16.6. überrannte ISIS Tal Afar, eine Stadt, in der 250 000 schiitische TurkmenInnen leben, diese sind nun auf der Flucht nach Sengal, in das Gebiet der kurdischen YezidInnen.

Auch wenn nun alle regionalen Kräfte gemeinsam gegen ISIS vorgehen würden, was äußerst unwahrscheinlich ist, hätten sie Schwierigkeiten, diese Büchse der Pandora wieder zu schließen.

Die westlichen und regionalen Staaten haben ein Monster geschaffen, indem sie seit Jahrzehnten islamistische Kräfte unterstützen, um antikapitalistische und demokratische Alternativen zu verhindern bzw. Regimes zu stürzen, die sich ihnen nicht vorbehaltlos unterordnen.

### **Pesmerga und YPG/YPJ gemeinsam gegen ISIS?**

Nachdem sich die irakische Armee auch aus Kirkuk zurückgezogen hat, ist die gesamte Stadt unter der Kontrolle von Pesmerga. In Selemiye und in Til Koçer kämpfen Pesmerga und YPG/YPJ schon gemeinsam gegen ISIS. Die irakische Armee hingegen hat es immerhin geschafft, Tikrit den Händen von ISIS zu entreißen.

Die YPG erklärten unterdessen, sie seien bereit, Südkurdistan gemeinsam mit den Pesmerga zu verteidigen. Sie riefen auf, nun endlich alle innerkurdischen Feindschaften zu begraben und gemeinsam gegen die Dschihadisten vorzugehen, denn der letzte Angriff sei ein Angriff auf alle KurdInnen.

In einer Erklärung heißt es: »Als YPG haben wir seit 18 Monaten gegen diese extremistischen Gruppen gekämpft. Bei vielen Gelegenheiten haben wir erfahren, dass das Ziel dieser ISIS-Banden ist, das kurdische Volk auszulöschen. Wir haben wertvolle Erfahrungen in unserem Widerstand gegen die Banden gesammelt und unsere KämpferInnen haben heldenhaft gekämpft.«

Die YPG-Erklärung endet mit einem Appell an alle Völker Kurdistans, ihre Einigkeit zu festigen und gemeinsam über Parteigrenzen hinweg Widerstand zu leisten. Die YPG nahmen die Sicherheit der Völker von Rojava, seien sie assyrisch, arabisch, turkmenisch, aramäisch oder chaldäisch, sehr ernst und garantierten sie, so Sipan Hemo, Sprecher der YPG.

Bei den durch die ISIS-Invasion Betroffenen scheint sich nun zumindest eine selbstkritische Haltung zu zeigen. So

erklärte der Gouverneur Najmeldin Karim von Kirkuk, dass es ein großer Fehler gewesen sei, den Beschuldigungen der PDK, dass die PYD und YPG »antidemokratisch« seien, Folge zu leisten. Er erklärte: »Wir haben die PYD/YPG nicht verstanden und einen Fehler gemacht, sie leisten seit Jahren Widerstand gegen ISIS, während wir mit einem Heer von einer Million irakischen Soldaten nicht einmal ein paar Stunden aushalten konnten.«

Der PYD-Kovorsitzende Salih Muslim Muhammad erklärte gegenüber Bianet: »Einige Leute sehen immer noch nicht die Tatsache: ISIS ist nur ein Instrument in den Händen anderer. Die Kräfte dahinter sind entscheidend.«

»Der Westen aber muss sich fragen, weshalb er so lange zugesehen hat, als Verbündete Waffen nach Syrien lieferten, die dann in die Hände von Extremisten gelangten. Er muss endlich erkennen, was in Syrien auf dem Spiel steht, und seine Politik ändern«, so Rainer Hermann von der FAZ.

Dem ist nur hinzuzufügen, dass das Embargo gegen Rojava endlich fallen muss und nun alle Kräfte die KurdInnen stärken sollten, die offensichtlich als Einzige in der Lage sind, die Terrorbanden zu stoppen, und ein Projekt für einen demokratischen Mittleren Osten haben.

*Juli 2014*

*Anja Flach  
Rojava-Delegation der Kampagne  
TATORT Kurdistan*

*Kurdistan Report  
174. Ausgabe, Juli/August 2014*



# ZWEI TAGE IM AUGUST

*Mitte August landeten innerhalb von zwei Tagen so viele Flüchtlinge aus Afrika wie nie zuvor in solch kurzer Zeit an der spanischen Südküste. Jüngst veröffentlichte Videos dokumentieren zudem die Gewalt am Grenzzaun in Melilla.*  
von Thorsten Mense

Princesa, die Prinzessin, ist fast schon ein kleiner Medienstar in Spanien. Das zehn Monate alte Mädchen war Mitte August ohne Begleitung in einem kleinen Schlauchboot an der spanischen Südküste bei Tarifa gestrandet. Ihre Eltern hatten wegen Problemen mit der marokkanischen Polizei offenbar das Auslaufen des Bootes verpasst, so dass Fátima, wie das Mädchen wirklich heißt, während der Überfahrt durch die Straße von Gibraltar auf sich gestellt war.

Zusammen mit ihr waren innerhalb von zwei Tagen über 1000 Flüchtlinge

nach Spanien gekommen, so viele wie nie zuvor in so kurzer Zeit. Marokko hatte seine Grenzkontrollen sowohl an der Küste als auch auf offenem Meer für zwei Tage komplett eingestellt und zuvor die im Land auf die Überfahrt wartenden Flüchtlinge darüber informiert, wie Augenzeugen berichteten. »Ihr habt 48 Stunden«, so die Ansage der marokkanischen Ordnungskräfte. Als die Nachricht sich verbreitete, machten sich Hunderte auf den Weg, um die Gelegenheit zu nutzen. 1219 Flüchtlinge in 125 Booten zählte das spanische Rote Kreuz alleine am 11. und 12. August.

Auf diese Weise wurde Marokko einen Schwung der unbeliebten Transitflüchtlinge los, von denen sich Schätzungen zufolge an die 30 000 im Land aufhalten. »Was macht man, wenn die Badewanne kurz vorm Überlaufen ist? Man öffnet ein wenig den Stöpsel, damit nicht alles überflutet«, zitierte die spanische Tageszeitung El País einen Beamten aus Sicherheitskreisen. Zugleich konnte Marokko dem Nachbarland Spanien verdeutlichen, wer bei der europäischen Flüchtlingsbekämpfung am längeren Hebel sitzt. Am 13. August beruhigte sich die Lage wieder, zuvor hatte es in-

tensive Gespräche und Verhandlungen zwischen Spanien und Marokko gegeben. Anschließend gab der marokkanische Innenminister Mohamed Hassad zu, dass es »Funktionsstörungen« beim Grenzschutz gegeben habe, während das spanische Innenministerium unter anderem das »gute Wetter« für die Situation verantwortlich machte. Die spanische Regierung entsandte 475 weitere Beamte an die Grenze.

Andere Bilder, die derzeit die spanische Öffentlichkeit beschäftigen, sind weniger rührend als das der kleinen »Prinzessin«, zeigen sie doch ein weiteres Mal die Brutalität des europäischen Grenzregimes: Auf ihnen sieht man, wie Dutzende Flüchtlinge über Stunden in sechs Metern Höhe auf den mit Stacheldraht umwickelten Zäunen der spanischen Exklave Melilla ausharren, während sie von marokkanischen Grenzpolizisten mit Steinen beworfen werden. Diejenigen, die fallen oder von Polizisten heruntergezogen werden, werden unverzüglich mit langen Holzknüppeln geschlagen. Die Videos wurden bereits im Juni aufgenommen, aber erst jetzt von der spanischen Menschenrechtsorganisation Prodein veröffentlicht. In einer Sequenz sieht man marokkanische Polizisten, die minutenlang auf bereits am Boden liegende Flüchtlinge einprü-

geln, bis sich diese nicht mehr bewegen. Im Anschluss durchsuchen die Beamten die Taschen. Prodein spricht von mindestens vier Toten. Der Skandal im Skandal: Dies alles passierte auf spanischen Boden, vor den Augen der spanischen Beamten. Mittlerweile hat ein Richter aufgrund des Videos Ermittlungen eingeleitet.

Vergangene Woche wurden nun weitere Videos veröffentlicht, auf denen erneut marokkanische Beamte zu sehen sind, wie sie auf der spanischen Seite des Zauns Flüchtlinge mit Knüppeln und Tritten malträtieren. Die Aufnahmen stammen von Mitte August, als es durch die ausgesetzten Kontrollen auch zu einem erneuten Ansturm auf den Grenzzaun in Melilla gekommen war. In nur 72 Stunden versuchten 1 600 Flüchtlinge, die Zäune zu überwinden. Der Organisation Prodein zufolge kamen dabei sechs Menschen ums Leben und über 50 wurden verletzt, zehn von ihnen schwer.

Auf den Aufnahmen sind auch die sogenannten push-backs zu beobachten: Migranten, die es über den Zaun geschafft haben, werden unter Fußtritten und Schlägen direkt durch eine große Tür im Zaun wieder auf marokkanisches Gebiet geschafft – wo die nächsten Polizeieinheiten auf sie warten. Diese

Praxis wird – auch ohne die sie begleitende Gewalt – bereits seit langem als rechtswidrig kritisiert, da sie die vorgeschriebene Prüfung eines möglichen Anspruchs auf Asyl der Flüchtlinge verhindert. Der spanische Innenminister Jorge Fernández Díaz hat für diese Kritik kein Verständnis. Nach Spanien reise man »durch die Tür, nicht durchs Fenster« ein, so die zynische Antwort des Ministers. Wegen der jüngsten Videos verlangt jetzt auch Human Rights Watch eine Untersuchung der Vorfälle. »Das Recht Spaniens, seine Grenzen zu schützen, gibt dem Land keinen Freibrief, Migranten zu misshandeln«, so die Organisation. Auch die Europäische Kommission meldete sich Mitte August zu Wort und forderte Spanien auf, beim Grenzschutz auf die »Ausgewogenheit« der Mittel zu achten sowie die Grundrechte und Menschenwürde der Verfolgten zu respektieren. Bereits im Februar hatte die EU-Kommission die staatliche Gewalt an der europäischen Südgrenze beklagt. Damals ging es um den Einsatz von Gummigeschossen gegen Flüchtlinge in der spanischen Exklave Ceuta, in dessen Folge 15 Migranten ertranken.

Die spanische Regierung steht aufgrund der Veröffentlichungen unter Druck. Jedoch sorgt sie sich mehr um

das Ansehen ihrer Sicherheitskräfte als um das Wohl der Flüchtlinge. Die Regierungsvertretung in Melilla sprach von »böser Absicht«, die hinter den Videos stecke. Sie zeigten nur Ausschnitte und nicht die vielen Momente, in denen die »Menschlichkeit und Behutsamkeit« der Guardia Civil beim Grenzschutz zum Ausdruck komme, so der Sprecher Abdal-Malik al-Barkani, der seine »absolute Unterstützung« der Grenzbeamten betonte.

Aber nicht nur an den Grenzzäunen verschlechtert die Lage zusehends. Vergangene Woche kam es im Stadtteil Boukhalef der marokkanischen Hafenstadt Tanger, in der viele Migrantinnen und Migranten auf ihre Überfahrt nach Europa warten, zu pogromartigen Ausschreitungen. Die Flüchtlinge, zum größten Teil aus dem subsaharischen Afrika, wurden von etwa 50 Angreifern mit Steinen, Knüppeln und Macheten verletzt. Ein Migrant berichtete dem spanischen Radiosender Cadena Ser, dass Häuser in Brand gesteckt und Frauen vergewaltigt worden seien. Danach seien die Frauen in Bussen abtransportiert worden, niemand wisse wohin. Die Vorfälle haben es bis in deutsche Zeitungen geschafft, wohl aber nur, weil auch eine Spanierin davon betroffen war. Helena Maleno von der Orga-

nisation Caminando Fronteras wurde gemeinsam mit Flüchtlingsfrauen aus einem Bus gezogen, beleidigt und körperlich bedrängt. »Ich dachte, sie töten mich«, so Maleno, die nur aufgrund der Hilfe anderer Flüchtlinge dem offenbar organisierten Mob entkommen konnte. Auch in diesem Fall stand die marokkanische Polizei daneben, ohne einzugreifen. Wie oft solche Gewaltexzesse gegenüber den recht- und schutzlosen Flüchtlingen mit Duldung oder gar mit Unterstützung der Polizei stattfinden, lässt sich nur erahnen. Menschenrechtsorganisationen erreichen täglich Berichte von Gewalt, sexuellen Übergriffen und Folter von Flüchtlingen in Marokko – im Dienste des europäischen Grenzschutzes. Das humanistische Selbstbild Europas soll aber wenigstens im Falle Fátima aufrecht erhalten werden. Nachdem Kontakt zu den Eltern in Marokko hergestellt werden konnte, wollen die Behörden nun die Familie wieder zusammenführen. Ob dafür die Eltern nach Spanien geholt werden oder das Kleinkind abgeschoben wird, wurde indes nicht gesagt.

gekaluat aus: jungle world 35/14

# September

Sa.	6.9.	22.00	LesBiSchwule Mottoparty
Mi.	10.9.	21.00	Haus-Friedensbruch-Kneipe
Do.	11.9.	20.30	Veranstaltung der Oldenburger Rechtshilfe zum NSU-Prozess
Fr.	12.9.	23.00	Fat Hoschi: Feel the Darkness 5
Sa.	13.9.	22.00	Mash Up Di Place
So.	14.9.	21.00	Fat Hoschi Concerts: Totemskin + Bettyoetker + Outlawed
Fr.	19.9.	21.00	Soli-Ska-Konzert
Mi.	24.9.	21.00	Haus-Friedensbruch-Kneipe
Sa.	27.9.	23.00	Rosa Disco

# Oktober

Do.	2.10.	22.00	80er Party / Knut's Geburtstag
Fr.	3.10.	21.00	Fat Hoschi Concerts: Jungbluth
Sa.	4.10.	22.00	Homophilias
Mi.	8.10.	21.00	Haus-Friedensbruch-Kneipe
Fr.	10.10.	22.00	Mash Up Di Place
So.	12.10.	21.00	Fat Hoschi Concerts: Protestera
Sa.	18.10.	22.00	MÄNNERfabrik
Mi.	22.10.	21.00	Haus-Friedensbruch-Kneipe
Sa.	25.10.	23.00	Rosa Disco
Di.	28.10.	22.00	Crush Hour Concerts: Dalida
Mi.	29.10.	21.00	Haus-Friedensbruch-Kneipe
Fr.	31.10.	21.00	Fat Hoschi Concerts: Distress

## Wöchentlich

Mo.	20.30	Antifa-Café
Di.	20.00	Subklub
Mi.	20.00	Theatergruppe
Do.	20.00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21.00	Oldenburger Rechtshilfe

## Monatlich

1. Mi.	20.00	Frauen.Lesben.Inter.Trans*-Kneipe
3. Mi.	21.00	Punkkneipe
2. Fr.	20.30	Alhambra-Nutzer_innenplenum

# Infoladen roter strumpf

Donnerstags 18-21 Uhr